

Mittelsächsische LinksWorte

16. Oktober 2008

Nr. 14

2. Jahrgang



Ein echter mittelsächsischer Knüller: Die Döbelner Pferdebahn

Sie dürfte die einzige Pferdestraßenbahn der Welt mit einem eigenem Gleisbett sein. Nachdem sie 1926 aus wirtschaftliche Gründe ihren Betrieb einstellen musste, kümmert sich der Traditionsverein „Döbelner Pferdebahn e.V.“ mit großem Engagement um die Wiederbelebung. Unser Foto entstand während des letzten planmäßigen Einsatzes in der Saison 2008. Aber während des Döbelner Weihnachtsmarktes wird sie noch einmal ihre Runden drehen. Die „LinksWorte“ kommen in ihrer November-Ausgabe auf die Pferdebahn zurück.

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Die Förderung des Städtebaus
in Mittelsachsen -
Ergebnisse und Probleme

Kreisräte der LINKEN vorge-
stellt: Dr. Ulrike Bretschneider
aus Burgstädt

Ein Verein macht von sich re-
den: Das „Treibhaus“ aus Dö-
beln mit vielfältigem Programm

- 2 editorial & standpunkte
- 3 kolumne & standpunkte (fortsetzung)
- 4/5 städtebauförderung in sachsen
- 6/7 kreisräte vorgestellt: dr. ulrike bretschnider aus burgstädt & arbeit der kreistagsfraktion
- 8/9 vorgestellt: das „treibhaus“ in döbeln
- 10 stadtteilentwicklung & sozialpass
- 11 aus dem kreisvorstand & kalenderblatt & jubiäen
- 12 termine & kalenderblatt & renten

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint in der 47. Kalenderwoche 2008. Redaktionsschluss ist Donnerstag, 13. November 2008.

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen
 Kreissparkasse Freiberg
 BLZ: 870 520 00
 Konto-Nr.: 3 11 502 821 0

Zuschriften, Kritiken und Hinweise sind ausdrücklich erwünscht.
 Bei Veröffentlichung bringen sie nicht in jedem Falle den Standpunkt der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisvorstand Mittelsachsen
 Geschäftsstellen in Döbeln, Freiberg und Mittweida

Postanschrift der Redaktion: 09599 Freiberg, Roter Weg 41/43
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pötzsch, Christoph Willenberg, Hans Weiske (verantw.)

Satz, Foto und Layout: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG, Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz.

Internet:
 Die „LinksWorte“ werden bereits Mitte der jeweiligen Erscheinungswoche im Internet veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung über das Archiv online abrufbar.

editorial

Am 3. Oktober jährte sich zum 18. Male der so genannte „Tag der deutschen Einheit“. Damit ist genau diese „deutsche Einheit“ volljährig geworden. Ist sie das wirklich? Wie äußern uns dazu in unserer monatlichen Kolumne. Wie auch immer: mit dem Oktober wird alljährlich der Jahres-Endspurt eingeläutet. Was bedeutet das in diesem Jahr eigentlich? Die Redaktion der „LinksWorte“ meint: Schwung zu holen für das kommende Jahr, wie es ein solches seit der politischen Wende noch nicht gegeben hat. Wird doch auf fast allen Ebenen gewählt, in den Kommunen, im Freistaat, für den Bundestag und in das Europäische Parlament. Welches Interesse diese Wahlen allerdings bei „Otto Normalverbraucher“ hervorrufen werden, steht auf einem anderen Blatt. Zu tief verwurzelt ist die Parteien- und Politikverdrossenheit unter immer größeren Teilen der Bevölkerung. Schwung zu holen für das „Superwahljahr 2008“, daran hat sich der Kreisvorstand am vergangenen Montag versucht. Wir dokumentieren am gewohnten Platz auf Seite -11- seine wichtigsten Beschlüsse.

Was bewegt uns sonst noch im Frühherbst des Jahres 2008?
Beim Blick zurück die beachtlichen Ergebnisse der LINKEN zur Bayern-Wahl, das überaus erfolgreiche Abschneiden der LINKEN zu den Kommunalwahlen in Brandenburg (mit schon fast sensationellen Ergebnissen in Potsdam und Frankfurt/Oder) sowie die Wahl - und das ist nicht nur „fast sensationell“, das ist schon grandios - von Angelika Gramkow zur neuen Oberbürgermeisterin der Mecklenburg-Vorpommernschen Landeshauptstadt Schwerin. Da kann ein sächsischer Linker nur neidig werden!

Beim Blick nach vorn die Sorge um die Vorgänge in Dresden. Sie ließen auch den Kreisvorstand der mittelsächsischen Linken nicht unberührt und führten zu kontroversen Auffassungen und Diskussionen.

Auch inhaltlich bleibt die LINKE in den kommenden Wochen in der Diskussion. Absolute Schwerpunkte dabei sind die Aktionen und Kampagnen zur Rente und zum Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

„Der Herbst steht auf der Leiter und malt die Blätter an.“ Die Farbe „Rot“ ist dabei gut vertreten. Es liegt in der Hand der LINKEN in Sachsen, dass Rot im Jahre 2009 wieder mehr in den Mittelpunkt rückt.

standpunkte

Zu Aspekten der Vorgänge in der Landtagsfraktion und im Stadtverband Dresden äußern sich die Genossen A. Grunke (Freiberg), M. Matthes (Oberschöna) und H.-J. Kühn (Flöha)

Persönliche Erklärung zur Gemeinsamen Erklärung von Landesvorstand, Kreisvorsitzenden usw. betreffend die Vorgänge im Stadtrat von Dresden am 11. September 2008 (vom 01.10.)

von Achim Grunke

An der grundsätzlichen politischen Bewertung der Vorgänge am 11. September im Dresdner Stadtrat in der o.g. „Gemeinsamen Erklärung ...“ gibt es nichts zurückzunehmen. Hätten Mitglieder der LINKEN woanders in einer kommunalen Vertretung einem Antrag der NPD zugestimmt, wäre der Aufschrei der Empörung aus der Mitte der Partei über einen derartigen Eklat nicht geringer gewesen.

Die fünf namentlich genannten Mitglieder im Dresdner Stadtrat haben jämmerlich politisch versagt und auch der Partei insgesamt Schaden zugefügt. Dennoch halte ich im Nachhinein die in der „Gemeinsamen Erklärung ...“ erhobene Aufforderung an die fünf Mitglieder zum Verlassen der Partei für überzogen. Zu Ende gedacht würde das ja implizieren, ggf. bei der Schiedskommission ein Verfahren auf Ausschluss zu beantragen, wenn der Aufforderung nicht Folge geleistet werde. Ob dann ein Parteiausschluss zustande käme, darf bezweifelt werden. Es müsste schließlich nachgewiesen werden, dass die fünf Mitglieder bei der Abstimmung für den Antrag des Nationalen Bündnisses vorsätzlich gehandelt haben. Nach den persönlichen Erklärungen der Genossen Kempe und Weckesser kann das nicht angenommen werden, wenngleich in beiden Erklärungen versucht wird, teilweise den Vorgang herunterzuspielen. Vergessen werden darf auch nicht: die „Gemeinsame Erklärung ...“ kam in einer emotional aufgeladenen Situation zustande. Es lässt sich aber objektiver und souveräner urteilen, wenn sich der erste Zorn gesetzt hat. Deshalb sollte es auch hier möglich sein, im Nachhinein bestimmte Bewertungen und Folgerungen zu korrigieren.

Fälschlicherweise wird kolportiert, der Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden

auf seite 3: immer links!
unsere monatliche kolumne

Ist das Kind „deutsche Einheit“ inzwischen eigentlich volljährig?!

Am 3. Oktober dieses Jahres war 19. Tag der Deutschen Einheit. Kinder, die an diesem Tag im Jahre 1990 geboren wurden, sind inzwischen volljährig. Im kommenden Jahr werden 20 Jahre vergangen sein, seit die Leipziger Montags-Demos den Anfang vom Ende der DDR einläuteten. Fast eine ganze Generation ist seither im Osten Deutschlands aufgewachsen!

Vieles hat sich in dieser Zeit getan und verändert. Wir sind im Kapitalismus angekommen, ob der Einzelne es in Wendezeiten wollte oder nicht.

Die Welt ist - aus ostdeutscher Sicht betrachtet - bunter und weiter, aber auch unsicherer und brutaler geworden. **Nicht wenig steht auf der Habenseite der deutschen Einheit:** das Bild unserer Innenstädte und auch vieler Dörfer hat sich zum Besseren gewandelt, das Angebot des Handels ist bunt, wie es bunter kaum sein kann, die Infrastruktur oftmals moderner als im Westen und - vorausgesetzt, der Geldbeutel gibt es her - die ganze Welt von Island bis Australien liegt einem zu Füßen.

Aber es gibt auch die Kehrseite. Das solidarische Lebensgefühl, ein in der DDR durchaus vorhandenes Miteinander der Menschen und nicht von der „führenden Partei“ verordnet, geht mehr und mehr verloren. Der Spruch: „Jeder ist sich selbst der Nächste“ wird zum Motto des Nebeneinander-Dahinlebens. Bei weitem nicht jeder, der arbeiten will, findet eine Arbeit. Die Konsequenz: Er landet in den Niederungen von Hartz IV.

Das gravierendste Problem aber besteht darin, dass der in Wendezeiten geprägte Spruch von Willy Brandt „Möge zusammenwachsen, was zusammengehört“ ziemlich ungehört verhallt. Zwar gibt es umfassende Aktionsprogramme, wie den „Aufbau Ost“, aber auch die scheinen mehr und mehr an Schwung zu verlieren. Die Anpassung der Löhne und Gehälter und nicht zuletzt der Renten geht immer schleppender voran. Das Schlimmste aber: Im Augenblick scheint im Deutschland des Jahres 2008 der Gegensatz zwischen „hüben“ und „drüben“, zwischen „Ossi“ und „Wessi“ viel mehr zu polarisieren als jener zwischen „arm“ und „reich“. Kein Wunder, dass die DDR-Nostalgie bunte Blüten treibt.

hätten in der „Gemeinsamen Erklärung ...“ beschlossen, an die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag die Erwartung auszusprechen, Ronald Weckesser aus der Fraktion auszuschließen. In der „Gemeinsamen Erklärung ...“ wird jedoch lediglich gesagt, dass der Fraktionsvorsitzende in seinem Bestreben unterstützt wird, „eine politisch angemessene Klärung innerhalb der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag herbeizuführen.“

Dass die Landtagsfraktion sich nunmehr zur schärfsten Maßnahme, dem Fraktionsausschluss, entschieden hat, halte ich aber ebenso wie Parteiausschlüsse für überzogen. Ein so weitgehender Schritt ist in der Sache unangemessen und für die Außenwirkung der Partei nicht unbedingt positiv.

Stellungnahme zu der Abstimmung über einen NaziAntrag im Dresdner Stadtparlament (vom 18.09.)

von Michael Matthes

Da haben Genossen der Partei, in der ich Mitglied bin und die deshalb auch Genossen an meiner Seite sind, einen sicher kapitalen politischen Fehler begangen, und sie bekennen sich zu diesem Fehler, und sie bedauern ihn. Sie zeigen auch Wege auf, wie sich Derartiges nicht wiederholt. Eine solche Korrektur sollte in einer politisch gesunden Partei möglich sein. Ich als Mitglied der Partei DIE LINKE kann die Haltung der betreffenden Genossen akzeptieren, zumal außer der feixenden Kommentierung im Blätterwald, nichts passiert ist.

Sorgen muss man sich machen um das politische Klima im sächsischen Landesverband der Partei, in die ich vor zwei Jahren wieder eingetreten bin, weil sie sich anschickt, eine sozialistische Zukunft für ganz Deutschland zu sein - unsere zweite Chance also. Mich erinnern die Vorgänge im sächsischen Landesverband an Dinge, die ich schon einmal miterleben musste und deren Resultate bekannt sind. Wieder sehen wir Leute, die sich in die Machtorgane gedrängt haben und die in keiner Weise befähigt sind, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Diesen Verantwortungslosen sind alle Mittel recht, sich Konkurrenten vom Hals zu schaffen. Zuerst ging der politische Verstand verloren, dann die Moral und schließlich die Glaubwürdigkeit.

Ich appelliere an alle Genossen, denen die Idee vom Sozialismus noch etwas wert, diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Als Gewinner können sich die Nazi betrachten.

Ihrem Ziel, dass sich DIE LINKE zerlegt, sind sie in Sachsen sehr nahe gekommen. Sie haben Vollstrecker in unserer Partei gefunden.

Gedanken als Vorsitzender des Ortsverbandes Flöha der LINKEN (vom 02.10.)

von Hans-Jürgen Kühn

Leider habe ich erst heute alle Nachrichten betreffs der kommenden Kreisvorstandssitzung richtig lesen können, ansonsten hätte ich in unserer gestrigen Mitgliederversammlung den Antrag von Genossen Michel Mattes verlesen und könnte eine Stellungnahme der Mitgliederversammlung dazu abgeben. So muss es bei meiner eigenen Meinung bleiben, welche sich aber mit Sicherheit mit den Diskussionen der gestrigen Mitgliederversammlung decken würde. Ich bin überzeugt, dass der Großteil der Mitglieder des Ortsverbandes Flöha diesen Antrag ablehnt und eine Zustimmung des Kreisvorstandes anabsehbaren Schaden für unsere Partei anrichten würde. In keiner Weise wird auf die vergangenen Dinge im Zusammenhang mit der Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS eingegangen. Man tut so, als ob es eine einmalige Entgleisung war.

Man möge sich das Interview von Roland Weckesser in der „SZ“ zu Gemüte führen und es wird spätestens da klar, dass es keine weiteren Gemeinsamkeiten geben kann. Ob nun alle Forderungen an die Beteiligten klug waren, sei dahingestellt. Den Beschluss der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes halte ich aber im Großen und Ganzen für notwendig und richtig. Leider muss ich auch sagen, dass solch ein Antrag, der keinerlei Bewegungsspielraum lässt, absolut ungeeignet ist, mit diesem Thema umzugehen.

Anmerkungen der Redaktion:

1. Bei dem von Hans-Jürgen Kühn angesprochenen Beschlussvorschlag handelt es sich um die von Michael Matthes eingebrachte Forderung, über die mittelsächsischen Mitglieder des Landtages bzw. das Mitglied des Landesvorstandes die Aufhebung der beschlossenen „Maßregelungen“ einzufordern. Er wurde abgelehnt.
2. Inzwischen ist durch einen Artikel der „Freien Presse“ Chemnitz über die Genossin Bettina Simon aus Löbau weiteres Öl ins Feuer gegossen worden.

- Neues Leben in unseren alten Innenstädten -

Seit Anfang August ist im Freistaat Sachsen eine neue Verwaltungsvorschrift in Kraft. Mit ihr werden neue Akzente der Städtebaulichen Erneuerung gesetzt.

Für Freunde der deutschen bürokratischen Gründlichkeit der genaue Titel: „Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren über die Förderung der Städtebaulichen Erneuerung im Freistaat Sachsen (Verwaltungsvorschrift Städtebauliche Erneuerung - VwV StBauE vom 21. Juli 2008 (SächsABl. 32/2008 S. 1018))“

Was ist überhaupt unter „Städtebaulicher Erneuerung“ zu verstehen und was ist auf diesem Gebiet in den Jahren seit der politischen Wende auf dem Gebiet des neuen Kreises Mittelsachsen passiert?

Welche neuen Akzente sollen jetzt in unseren Städten gesetzt werden und welche Konsequenzen haben diese für die Menschen?

Die „Mittelsächsischen LinksWorte“ wollen im Folgenden einige Antworten auf diese Fragen geben.

Zu den durch ein Bundesprogramm der Stadtentwicklung speziell geförderten „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ gehört in Mittelsachsen das so genannte Quartier B von Freiberg, die „erweiterte Bahnhofsvorstadt“ oder kurz BAVO. Wir haben uns dort umgesehen. Auch darüber berichten wir auf der folgenden Seite.

1. Neue Akzente der Stadtentwicklung

Der sächsische Innenminister Albrecht Buttolo „bereiste“ kürzlich alle neuen Landkreise des Freistaates, darunter auch den Landkreis Mittelsachsen. Dazu hatte er Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte aus Mittelsachsen nach Frankenberg eingeladen, welche in irgendeiner Form in die Städtebauförderung der EU oder des Bundes integriert sind. Im Rahmen dieser Beratung, so Buttolo, sei es ihm vor allem darum gegangen, die neuen inhaltlichen Zielstellungen der Städtebauförderung im Osten Deutschlands deutlich zu machen.

Diese Neuorientierung sei geprägt von der Tatsache, dass die **historischen Kerne der sächsischen Städte** - vor allem durch das Denkmalschutz-Programm und den Stadtumbau Ost - im Wesentlichen saniert seien. Wenn man die in vielen Fällen aufwändig und mit Liebe zum historischen Detail sanierten Stadtzentren unserer mittelsächsischen

Städte und Städtchen besucht, kann man ihm in diesem Punkt eigentlich nur recht geben - von einzelnen Schwachpunkten einmal abgesehen.

Um die inzwischen hübsch sanierten historischen Marktplätze herum aber haben sich in der Zeit der industriellen Revolution und danach städtebauliche „Entwicklungsringe“ herausgebildet, die heute oftmals in einem bedauernswerten Zustand seien, eine hohe Leerstands-Quote aufweisen und mit vielen Industriebrachen durchsetzt sind - eben richtige Schandflecken. Besonders drastisch - so Buttolo - sei ihm das in Annaberg-Buchholz aufgefallen. Deshalb werde jetzt die Aufmerksamkeit auf die Förderung der innerstädtischen Berei-

bringen, können zukünftig 25 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten zuzüglich Materialkosten in Eigenleistung erbringen. Erstmals dürfen zinsbegünstigte Kredite auch mit Finanzhilfen der Städtebauförderung kombiniert werden.

Ein weiterer Aspekt der derzeitigen Stadtentwicklung in Sachsen ist der **Stadtumbau**. Es ist doch für jeden von uns offensichtlich: auf Grund des immer noch erheblichen Geburtenmangels und der Abwanderung vor allem junger Leute in den Westen geht es nun darum, das zu groß gewordene Kleid unserer Städte dem erheblich geringeren Bedarf anzupassen. Dafür ist ein Umbau und Rückbau der sächsischen Städte und Gemeinden notwendig.



Wunderschön sanierte Innenstädte - in unserem Bild in Mittweida - prägen Mittelsachsen. Aber nicht weit von den Stadtzentren entfernt sieht es leider anders aus. Der Sanierungsbedarf ist enorm.

che mit einer Bebauung in den Jahren zwischen 1870 und 1949 gelenkt. Auch die europäischen Fördermittel für die Stadtentwicklung würden verstärkt auf Gebiete konzentriert, die im Zeitraum dieser 80 Jahre entstanden sind.

Man wolle die Städte erhalten, sie revitalisieren und zukunftsfähig gestalten. Dafür brauche man Menschen, die bereit seien, diese Häuser zu kaufen, zu sanieren und möglichst selbst zu nutzen, denn Mietwohnungen habe man in Sachsen schon genug. Und genau für diesen Adressaten-Kreis sind die Förderbedingungen seitens der Sächsischen Aufbaubank (SAB) nach Buttolos Worten jetzt erheblich verbessert worden - vorausgesetzt, die Gebäude sind älter als 1949. Es können bis zu 65 Prozent der förderfähigen Kosten erstattet werden. Diejenigen, die wenig Eigenkapital auf-

Buttolo verband die Beratung in Frankenberg mit dem eindringlichen Appell an die Kommunen, städtebauliche Fördermittel zügiger an private Investoren auszureichen. Der per Anfang September erreichte Stand von kläglichen elf Prozent des Jahreszieles könne so nicht akzeptiert werden. Eine Neuorientierung der Kommunen sei dringend erforderlich.

2. Einsatz von Fördermitteln für die Stadtentwicklung in Mittelsachsen

Die Fördermittel einschließlich des speziellen Programms „Stadtumbau Ost“ fließen vor allem in Maßnahmen:

- des **städtebaulichen Denkmal-**

- Die Städtebauförderung in Mittelsachsen -

schutzes (SDP)

- der **städtebaulichen Sanierung und Entwicklung** (SEP),
- sowie in Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die **Soziale Stadt** (SSP).

Als **städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsgebiete** - hier ist das Stadtrecht kein zwingend vorgeschriebenes Kriterium, die Förderung läuft ebenfalls seit 1991 - gelten insgesamt 16 mittelsächsische Gemeinden:



Der weitläufige Marktplatz von Leisnig - Perle über dem Muldental mit der imposierenden Burg Mildenstein. Leisnig ist ebenfalls begünstigt vom Städtebauprogramm.

Seit dem Jahr 2001 setzt der Freistaat Sachsen auch **EU-Mittel in der Stadtentwicklung** ein.

Sie können neben dem Städtebau auch in das Wohnumfeld und in die soziokulturelle Infrastruktur fließen.

Ein weiterer wichtiger Programmpunkt für den Einsatz von Mitteln der EU ist die **Revitalisierung von Brachflächen**. Dabei haben die Kommunen die Möglichkeit, Fördermittel zur Beseitigung innerstädtischer Schandflecken zu erhalten, ohne dass die Nachnutzung für diese Flächen bereits feststeht. Allerdings muss sich die beabsichtigte wirtschaftliche Nutzung der Fläche in ein schlüssiges städtisches Entwicklungskonzept einfügen.

Zu den **historischen Stadtkernen**, die in Sachsen aus dem 1991 aufgelegten Denkmalschutzprogramm gefördert werden, gehören aus Mittelsachsen die Städte:

- **Freiberg** (Altkreis Freiberg) gefördert seit 1991
- **Hainichen** (Altkreis Mittweida) gefördert seit 1991
- **Mittweida** (Altkreis Mittweida) gefördert seit 2000
- **Oederan** (Altkreis Freiberg) gefördert seit 1991
- **Penig** (Altkreis Mittweida) gefördert seit 1992
- **Rochlitz** (Altkreis Mittweida) gefördert seit 1991

Brand-Erbisdorf, Burgstädt, Döbeln (zwei Entwicklungsgebiete), Flöha, Frankenberg, Freiberg, Hainichen, Hartha, Leisnig, Lunzenau, Mittweida, Oederan, Penig, Rochlitz, Roßwein und Wechselburg.

Fördergebiete des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ (das Programm läuft seit 1999) gibt es in Sachsen insgesamt 20. Bundesweit werden gegenwärtig in 430 Programmgebieten in 284 deutschen Städten und Gemeinden neue Herangehensweisen in der Stadtteilentwicklung gefördert. Das einzige in Mittelsachsen geförderte Gebiet ist die **Erweiterte Bahnhofsvorstadt Freiberg** (BAVO). Dazu im Folgenden mehr.

3. Die soziale Stadt „Erweiterte Bahnhofsvorstadt Freiberg“



Das Programm „Soziale Stadt“ wurde gestartet, um der zunehmenden sozialen und räumlichen Spaltung in den Städten entgegenzuwirken. Freiberg wurde im Jahre 2002 in das Programm aufgenommen. Es läuft voraussicht-

lich bis in das Jahr 2013. Schwerpunkte des Förderprogramms für die „Erweiterte Bahnhofsvorstadt“ sind die Verbesserung des Wohnumfeldes und der Ökologie im Stadtteil durch Schaffung eines Angebotes an öffentlichen Grün- und Freiflächen, Spielplätzen und Treffpunkten sowie der Reduzierung der Verkehrsbelastung.

Zur Umsetzung des Förderprogramms wurde durch den Stadtrat Freiberg ein Handlungskonzept beschlossen, welches kontinuierlich fortgeschrieben wird. Der Eigenanteil an den Aufwendungen der förderfähigen Maßnahmen, welcher durch die Stadt zu erbringen ist, beträgt ein Drittel, die übrigen zwei Drittel werden durch das Land und den Bund gefördert.

Für die Koordinierung der Aufgaben wird die Stadtverwaltung durch ein so genanntes Gebietsmanagement „Erweiterte Bahnhofsvorstadt“ (BAVO) unterstützt. Es hat die Aufgabe, die vielfältigen Aktivitäten zur Bürgerbeteiligung zu koordinieren. Außerdem betreibt es das Stadtteilbüro in der Bahnhofstraße 10.

Etwas ins Grübeln kommt man allerdings, wenn auf der Webseite des Gebietsmanagements als aktuellste Projekte die Gestaltung einer Spiel- und Freizeitanlage vom März des



Vielfältige Angebote im Stadtteiltreff

Vorjahres und eine Zusammenfassung des Weihnachtsmarktes des Jahres 2006 präsentiert wird. Hier scheint einiges ins Stocken geraten zu sein oder das Management ist nicht in der Lage, seine Internetpräsenz auf den aktuellsten Stand zu halten.



Eine große Industriebrache unweit des Freiburger Bahnhofes: Was wird aus ihr?

Fortsetzung auf Seite -10 -

Kreisräte der LINKEN vorgestellt - heute Dr. Ulrike Bretschneider (Burgstädt)

Eins sei vorweggenommen: Vor dem Schreiben von Aufsätzen habe ich mich in der Schule immer gedrückt, bis es sich zeitlich nicht mehr weiter aufschieben ließ. Das Schreiben dieser Porträts dagegen geschieht mit Lust. Auch bei Nummer 2 unserer Reihe ist es eine interessante Reise nach terra incognita (für Jörg Hommel, der sich bei mir über die Verwendung lateinischer Ausdrücke beschwerte: "... in unbekanntes Land...") - und das sowohl regional als auch menschlich.

Fangen wir also mit einem Husarenstückchen unserer Genossin Ulrike an. Da geschah im Vorfeld der Kommunalwahl im kleinen Städtchen Burgstädt Folgendes: Dem dortigen Bürgermeister-Platzhirsch wollte keiner einen Gegenkandidaten zur Seite zu stellen, weil selbiger für unschlagbar galt und Aufwand und Nutzen eines Wahlkampfes zum scheinbaren Ergebnis in keiner effektiven Relation gesehen wurden. Das machte den Mann übermütig. Er legte die Nominierungsveranstaltung für sich zeitlich ganz kurz vor den Kandidaten-Meldeschluss und platzierte statt seiner seinen Sohn auf dem Wahlzettel. Die Hasenfüße aus den anderen Parteien und Vereinigungen rieben sich die Augen, als sie dies gewahr wurden. Unsere Genossin Ulrike fasste sich schnell ein Herz und informierte in trauter Eintracht mit den Mitgliedern unserer Partei, der FDP, der Grünen, der SPD und verschiedenen Vereinigungen, stellvertretend sei der Gewerbeverein genannt, die Bürgerinnen und Bürger von Burgstädt - nämlich darüber, dass man sich den „Betrugsversuch“ nicht gefallen lassen muss. Das sächsische Kommunalwahlrecht gestattet es jedem Wähler bei nur einem Bewerber auf dem Wahlzettel durch Namensnennung einen anderen Bewerber zu wählen, ganz gleich, ob man sich selbst nennt oder Tanten, Onkels oder andere Verwandte und Bekannte. So finden sich auf den Ergebnislisten für den ersten Wahlgang in Burgstädt die rekordverdächtige Zahl von 286 - in Worten zweihundertsechsendachtzig - Bürgermeister-Bewerbern. Darunter das Bürgermeistersöhnchen mit weniger als 50 %. Eine Neuwahl war also fällig. Man achte auf die

Feinheiten. „Neuwahl“ bedeutet: Das Ganze beginnt von vorn. Es kann sich jeder bewerben, auch diejenigen, die nicht auf der Ergebnisliste der ersten Runde gestanden hatten. Unsere Genossin Ulrike trat also an. Und es stand ein interessantes Duell bevor. Das rief das Falschgeld von der CDU auf den Plan. Sie stellten einen Gegenkandidaten auf, der das Wählerpotenzial gegen eine Erbfolge spaltete. Immerhin stimmten 26 % der Wähler für sie und das auch noch mit Schnapszahl von 1.111 Stimmen. Hübsche Geschichten schreibt das Leben, nicht

risiert sich dort als „leidenschaftlich“. Man gewinnt den Eindruck: Das Adjektiv wäre noch steigerungsfähig.

Ihr Lebenslauf passt zu ihr. Schlösser spielen in ihrem Leben eine beachtliche Rolle. Auf Schloss Colditz erblickt sie 1953 (Der Autor besitzt die ausdrückliche Erlaubnis, das Geburtsjahr zu nennen.) als Burgfräulein das Licht der Welt. Auf Schloss Rochlitz befand sich ihr Schulhort. Geadelt wurde sie deswegen nicht. Stattdessen studiert sie in Leningrad Schiffbau. Als frisch gebakene Diplom-Ingenieurin hat die Mathias-

Thesen-Werft in Wismar Bedarf an ihr. Und nachdem sie einige Schiffe mit zu Wasser gelassen hat, macht sie sich abermals auf den Weg nach Leningrad, um schließlich als Doktorin der Wirtschaftswissenschaften in die Werft zurückzukehren.

Ein Sachse entführt sie zurück in die Heimat (Warum eigentlich ziehen die Mädels immer den Jungs hinterher?). Und so findet sie sich in Burgstädt wieder und zwei Söhne komplettieren alsbald den Haushalt. Vom Schiffbau wechselt sie zum Textilmaschinenbau. Das Ende kam wie vielerorts 1992. Es war dann noch ein berufliches Intermezzo als Bauleiterin beim Umbau des „Chemnitzer Hofes“. Anschließend wurde sie im vereinigten Deutschland nicht mehr gebraucht.



Foto: privat

wahr? Nun sagt man zwar nicht „Haudeggen“ zu einer respektablen Dame, aber ein Paar Sporen für ihre Stiefel hätte sie sich schon verdient.

Und dann sitzt man ihr gegenüber in einem Gebäude der Mittweidaer Hochschule. Das muss mal ein Kloster gewesen sein. Das Arbeitszimmer hat die Abmaße einer Klosterzelle, für einen Dritten war schon kein Stuhl mehr da. Schon nach der ersten Bitte um Auskunft, legt sie los, dass man Parlamentsstenograf sein müsste, um mit den Notizen nachzukommen. Als sich der Berichtstatter beschwert, bekommt er ihren Wahlkampf-Flyer in die Hand gedrückt: „ Da steht alles drin!“. Sie charakte-

In Burgstädt beginnt auch der politische Teil ihres Lebenslaufes. Seit 1990 engagiert sie sich gesellschaftlich. Sie ist Stadträtin in Burgstädt, Kreisrätin in Chemnitz/Land, in Mittweida und nun auch

im neuen Kreistag von Mittelsachsen. Im Jahr 1997 initiiert sie das Kultur- und Begegnungszentrum „Stube“ e.V. Heute ist sie dort die Vereinsvorsitzende. Von 1994 bis 2004 ist sie Landtagsabgeordnete. Sie vertrat die Partei im Petitionsausschuss und im Ausschuss Bauen/Wohnen/Verkehr. Im Wahljahr 2004 auf jener denkwürdigen Kandidaten-Auswahlveranstaltung, von der die Teilnehmer heute noch schwärmen, platzierten sich kompetentere Leute vor ihr auf der Wahlliste. Damit endete ihre Landtagszugehörigkeit. Irgendwie findet in unserer Partei ein Aussortierprozess statt. Zum Einen stützt sich die Partei nicht hinreichend auf „bewährte Kader“. Fachliche und politische Schmalspurigkeit ist ja bestimmt

Aus der Fraktion der mittelsächsischen LINKEN

kein Prädikat, was Ulrike Bretschneider zugeordnet werden kann. Und zum Anderen setzen sich Menschen, die für unsere Partei wertvoll sind, nicht diesen Prozeduren aus, bei denen sie in unanständiger Weise beschädigt werden.

Ulrike Bretschneider verliert ihre Leidenschaftlichkeit, wenn sie auf den Zustand unserer Partei angesprochen wird. Sie macht sich Sorgen. Die Partei habe ihre Ausstrahlungskraft weitgehend verloren, sagt sie und das mit Bedauern in der Stimme. Die erste Fraktion im Dresdner Landtag nach der „Wende rückwärts“ war klein, aber „kämpferprobt“. Dieser Fraktion blies aus allen Richtungen der Sturm um die Nase. Aber sie haben standgehalten. Und das brachte Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Wählern. Was jetzt, besonders in Dresden, stattfindet, beschädigt alle. Die Glaubwürdigkeit geht verloren. Die Vorstandsmitgliedern und auch die Vorsitzende haben sich Verantwortung übertragen lassen, diese neue Partei, DIE LINKE, voranzubringen. Den Nachweis, dieser Verantwortung gerecht zu werden, haben sie bis jetzt nicht erbracht.

Dass DIE LINKE bei den Bürgerinnen und Bürgern wieder ankommt, ist ihr Hauptanliegen. Dafür lohnt sich der Einsatz. Unsere Partei war mal die Partei, die sich um die alltäglichen Angelegenheiten der Menschen kümmerte. Aus allen Anstrichen ihrer Prioritätenliste zur Bürgermeisterwahl schaut dieses Bestreben hervor. Da steht zum Beispiel: „Miteinander reden – miteinander entscheiden – über alle Parteigrenzen hinweg“. DIE LINKE muss sich öffnen für Mitmacher, die nicht in allem mit uns übereinstimmen, die aber am konkreten Projekt teilhaben wollen. „Vereine sind das Herzstück . . .; sie verdienen Unterstützung ihrer Aktivitäten“. Die Partei wird durch jeden Einzelnen von uns repräsentiert. Indem wir uns die Angelegenheit der Mitbürger zu Eigen machen, nehmen wir den Rechtsradikalen die Themen und den Einfluss. Man darf sich wünschen, dass Genossen wie Ulrike Bretschneider das Bild unserer Partei prägen. Der Erfolg wird sich einstellen. Die Wählerinnen und Wähler werden dies honorieren, womit ich wieder beim Husarenstück angekommen bin.

Dr. Ulrike Bretschneider wurde porträtiert von unserem Redaktionsmitglied Dr. Michael Matthes

*(hw) Am 18. September trat der Kreistag Freiberg zu seiner zweiten Beratung zusammen. Dabei wurden eine Vielzahl von Personalentscheidungen getroffen. Das Erfreuliche dabei: Alle Fraktionen waren sich einig, die Berufung von Kreisräten der NPD in die entsprechenden Gremien zu verhindern. Die nächste Beratung des Kreistages findet am 29. Oktober statt. Dann dürfte endlich auch kommunalpolitische Inhalte mehr in den Mittelpunkt rücken. Wichtigste Personalie waren die Wahlen zum Ersten bzw. Zweiten Beigeordneten, gleichzeitig die beiden Stellvertreter des Landrates. Gewählt wurden **Dr. Manfred Graetz (CDU)**, vorher seit 1993 Landrat des Kreises Döbeln sowie **Dieter Steinert (parteilos)**, vorher Zweiter Kreisbeigeordneter des Landkreises Mittweida. Dass es für die neue Landkreisverwaltung nicht einfach wird, das Motto „aus Drei mach Eins“ reibungslos in die Tat umzusetzen, macht eine Pressemitteilung aus diesen Tagen deutlich. In ihr wird darauf hingewiesen, dass Graetz (Geschäftskreis Kreisentwicklung, Wirtschaftsförderung, Regionalplanung/Entwicklung des ländlichen Raumes, Tourismus) und Steinert (Geschäftskreis Soziales, Jugend und Familie, Gesundheit, Lebensmittel- und Veterinäramt) auch künftig in Döbeln bzw. Mittweida residieren werden. Beschwichtigend fügte Landrat Uhlig hinzu, dass er sich persönlich auch in den Altkreisen Döbeln und Mittweida engagieren werde.*

Wir dokumentieren im folgenden die Bestellung von Kreisräten der Linksfraktion im Kreistag Mittelsachsen als Mitglied und deren Stellvertreter in Ausschüsse und wichtigen Gremien.

Verwaltungs- und Finanzausschuss:

Stahlmann, Jens	Hilker, Heiko
Krause, Peter	Buschmann, Peter
Eckert, Rainer	Schönherr, Gerald
Grunke, Achim	Kretzer, Johannes

Ausschuss für Umwelt und Technik:

Kretzer, Johannes	Krause, Peter
Jubelt, Gottfried	Morgenstern, Marina
Pötzsch, Harald	Geißler, Mario
Pester, Hans-D.	Jahn, Jens-E.

Jugendhilfeausschuss:

Hilker, Heiko	Buschmann, Peter
Steidten, Petra	Bretschneider, Ulrike

Betriebsausschuss des Kulturbetriebes des ehemaligen Landkreises Mittweida:

Bretschneider, Ulrike Steidten, Petra
Geißler, Mario Grunke, Achim

Aufsichtsrat der Kontakt Kultur gGmbH Kreis Freiberg:

Grunke, Achim

Aufsichtsrat der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH:

Tur de la Cruz, Elgine

Aufsichtsrat der Kreiskrankenhaus Freiberg gGmbH:

Scharfenstein, Arndt

Aufsichtsrat der Vereinigten Gesundheitseinrichtungen Freiberg GmbH:

Morgenstern, Marina

Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Döbeln mbH:

Buschmann, Peter

Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe Kreis Freiberg GmbH:

Jubelt, Gottfried

Aufsichtsrat der REGIOBUS GmbH Mittweida:

Pester, Hans-Dietrich

Aufsichtsrat der EKF Entsorgungsdienste Kreis Freiberg GmbH:

Altmann, Elke

Verbandsversammlung des Abfallverbandes Nordsachsen:

Schönherr, Gerald Buschmann, Peter

Verbandsversammlung des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz:

Jahn, Jens-Eberhard Altmann, Elke

Verbandsrat für die Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen:

Eckert, Rainer

Hinweis: In den Aufsichtsräten bzw. Beiräten

- der SAXONIA Standortentwicklungs- und -verwaltungsgesellschaft mbh Freiberg,
- der TechnologiePark Mittweida GmbH
- des Technologieorientierten Gründer und Entwicklungszentrums Leisnig-Döbeln GmbH

sind Kreisräte der LINKEN nicht vertreten.

Das „Treibhaus“ von Döbeln - Ein Verein macht Furore

Wenn sich der Kreisvorstand der LINKEN zu seiner turnusmäßigen Beratung in Döbeln trifft, nutzt er gern das Café Courage im „Haus der Demokratie“ an der Bahnhofstraße 56. Bei ihrer ersten Zusammenkunft im Café erfuhren die Gäste von der LINKEN, dass der hier beheimatete Verein Treibhaus e.V. der einzige soziokulturelle Verein im ehemaligen Landkreis Döbeln ist. Das rief lebhaftes Interesse hervor, mehr über diesen Verein zu erfahren.

Die „Mittelsächsischen LinksWorte“ trafen sich deshalb mit einem der Macher, dem 28-jährigen Erik Oßwald, im „Haus der Demokratie“. Wir wollten von ihm erfahren, was der Verein darstellt und welche Ziele er verfolgt.

Wir trafen uns mit Erik Oßwald im „Café Courage“. Das gehört – wie einleitend festgestellt – zum Verein „Treibhaus e.V.“ und steht in enger Verbindung mit dem „Haus der Demokratie e.V.“ Hier gibt es auch ein Jugendbüro Diversity mit einer so genannten Netzwerkstelle, sowie der ARID, der Antirassistischen Initiative in Döbeln, wo junge Menschen zur Wahrnehmung von mehr politischer Verantwortung ermutigt und in den Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus einbezogen werden. Es ist schwer, sich in der Vielzahl der Verknüpfungen und Projekte im Haus der Demokratie auf Anieb zurecht zu finden, aber Erik Oßwald kann es! Weil er nicht nur dabei ist, sondern mittendrin.

Das „Café Courage“ hat sich seinen Ruf:



Eingang zum Haus der Demokratie in Döbeln

Courage! Muss sein“ nach einem Übergriff der Rechten erworben. Das schweißte noch mehr zusammen und seither hat man hier relative Ruhe vor den Neonazis, ganz anders als in Mittweida, Burgstädt und anderswo.

Beginnen hat alles im Jahre 1997 mit der Gründung des Treibhaus-Vereins – da war Erik Oßwald gerade einmal 17 Jahre alt. Im Verein fanden sich etwa 15 junge Initiatoren zusammen, die ein Ziel

liebste und für ihn persönlich die größte Herausforderung.

Dann aber kam der größte Schock für den Treibhaus-Verein. Man erfuhr da-



„Multifunktionär“ Erik Oßwald vor dem Döbelner „Haus der Demokratie“

einte: Ihren Altersgefährten eine Alternative zum erstarkenden rechtsextremen Gedankengut aufzuzeigen und sie zur aktiven Mitarbeit gegen den rechten Ungeist zu bewegen. Dieses Ziel hat sich als richtig erwiesen: Die Situation in Döbeln sei besser geworden, von einem beachtlichen Teil der Döbelner Bevölkerung werde man als politischer Faktor gegen Rechts akzeptiert und schließlich habe sich die Zahl der Vereinsmitglieder in den reichlich zehn Jahren etwa vervierfacht – davon sind über 40 von ihnen ganz aktive Mitglieder auf freiwilliger Basis. Leider ist von den Gründungsmitgliedern kaum noch einer regelmäßig in Döbeln anzutreffen, da auch sie – wie viele andere junge Leute auch – mangels Perspektive in alle vier Himmelsrichtungen, besonders aber in den Westen – zerstreut wurden.

Im Erdgeschoss ihres von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft gemieteten Vereinsgebäudes – eines ehemaligen prächtigen Hotels aus der Gründerzeit, an dem allerdings der Zahn der Zeit zwischenzeitlich gründlich genagt hat – haben sich die Jugendlichen mit viel Engagement ihr Café eingerichtet. Hier kann man sich treffen, gemeinsame Projekte vorbereiten oder auch nur miteinander quatschen. Regelmäßig finden hier kleine Ausstellungen statt, seit dem Jahre 2001 auch vielfältige Veranstaltungen. Doch dazu später mehr, denn diese Seite der Arbeit im Haus der Demokratie ist für Erik Oßwald die aller-

von, dass aufgrund erheblicher finanzieller Probleme der Verkauf ihres Domizils durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft drohte. Zehn erfolgreiche Jahre engagierter Vereinsarbeit standen auf dem Spiel. Die Macher suchten und fanden eine Lösung: Aus der Not heraus hat der Verein das Haus per 1. Februar dieses Jahres nach einem wahren Kraftakt gekauft.

Warum ein wahrer Kraftakt? Woher und wie soll ein solcher Verein die Kaufsumme von alles in allem 25.000 Euro zusammenkratzen? Aber man ließ sich nicht ins Bockshorn jagen und kämpfte um jeden Cent. Mit zum Teil spektakulären Sammel- und Spendenaktionen wurde die erforderliche Summe letztlich aufgetrieben. Die Treibhäsler organisierten Benefizkonzerte, versteigerten Kunstwerke aus ihrer Region und machten mit vielfältigsten Flyern – zum Beispiel für eine Spendenaktionswoche „Courage! Muss sein“ – auf ihre schwierige Lage aufmerksam. Um noch einige Beispiele aus dem schier unerschöpflichen Arsenal der Ideen der Treibhäsler zu nennen: Man organisierte Blutspende-Aktionen und Kuchenbasare. Mit der Losung eines „Vereins ohne Dach“ alarmierte man die Öffentlichkeit, in alle Haushalte ging ein Flyer mit Spendenaufruf.

Seit nunmehr neun Monaten ist man nun stolzer Hausbesitzer. Es entstand der Verein „Haus der Demokratie“. Neben Torsten Fischäder als Vereinschef und

Das „Treibhaus“ von Döbeln - Ein Verein macht Furore

Henning Homann als sein Stellvertreter gehören Erik Oßwald als Schatzmeister und der Vorsitzende von „Treibhaus e.V.“, Philipp Klöden, dem Vorstand an. Damit ist gleichzeitig der „harte Kern“ der Truppe benannt.

Vor dem steht jetzt gemeinsam mit dem



Das Domizil von Treibhaus e.V.: Die Döbeler Bahnhofstraße 56

„Treibhaus“ die große Aufgabe, das Haus zu einem beliebten Ort für die Vereins-, Kultur- und Jugendarbeit und noch viel mehr zu machen. Wie formulieren es die Initiatoren selbst: „Für uns ergibt sich die Chance, durch einen weiteren Ausbau unseres Hauses neue Räume für Döbeler Vereine und bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Dieses, unser neues Haus der Vielfalt, nennen wir Haus der Demokratie.“

Inzwischen hat der Treibhaus e.V. für seine engagierte Arbeit auch manche Anerkennung erfahren. So errang man den „Sächsischen Förderpreis für Demokratie“ – immerhin mit dem Schirmherrn Stanislaw Tillich – und nahm aus den Händen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries den bundesweiten Preis „Botschafter der Toleranz“ entgegen. Zum DankeSchön-Empfang im Haus der Demokratie am 7. Juni kam neben Bürgermeister Axel Buschmann (SPD) auch der sächsische SPD-Vorsitzende Thomas Jurk. Beide sind auch Spender für das Haus der Demokratie. Zu den Kommunalwahlen am 8. Juni hat

der Döbeler SPD-Bürgermeister sein Amt an einen Nachfolger aus den Reihen der CDU verloren. Obwohl sich das „Haus der Demokratie“ als nicht parteipolitisch gebunden verstehe, verspüre man jetzt doch einen etwas raueren Wind, so kommentiert Erik Oßwald diese aktuelle Entwicklung.

Zu guter Letzt zurück zu unserem engagierten Gesprächspartner Erik Oßwald. Eigentlich zielten seine Lebenslinien auf etwas ganz anderes ab als das, was er jetzt macht. Nach dem Abitur absolvierte er zunächst eine Ausbildung zum Bankkaufmann. Aber nicht für lange Zeit war das sein Metier. Den „Ur-Roßweiner“ interessierte viel mehr das Kultur- und Veranstaltungsmanagement im „Treibhaus“ und das Einwerben von Fördermitteln für die vielfältigen Projekte gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Seit dem Jahre 2005 ist Oßwald beim Verein fest angestellt – inzwischen sind sie fünf feste Mitarbeiter. Neben seinem Engagement im Haus der Demokratie ist für Oßwald inzwischen das Treibhaus-Projekt „Kulturbeutel“ das wichtigste, von dem sich übrigens auch Sachsens SPD-Chef Jurk sehr beeindruckt zeigte. Gefördert wird es durch den Kulturraum Mittelsachsen, die Stadt Döbeln und eingeworbene Sponsoren. Herzstück des „Kulturbeutels“ sind vielfältigste Veranstaltungen im Café Courage – von Diavorträgen, Buchlesungen und Themenabenden bis zu Comedy und Konzerten. Als „Multifunktionär“ im Haus der Demo-

den. Manches am Mobilar harrt aber auch seiner Erneuerung – vor allem die Tische und Stühle. Das Treppenhaus in die 1. Etage und die Etage selbst sind von den Treibhäußlern jugendgemäß gestaltet worden. Dort findet man auch die Verwaltung der beiden Vereine und die vom Treibhaus e.V. getragene Internetlounge, die noch erweitert werden soll. Ebenfalls vom Treibhaus betreut, haben hier das Jugendbüro Diversity mit der Netzwerkstelle, die Jugend- und Projektberatung sowie die Sozial- und Flüchtlingsberatung (ARID) ihren Sitz.

Weiter nach oben – in die zweite und Dachetage – des einst als Hotel errichteten Gebäudes geht es gegenwärtig noch nicht. Eine mit Schloss gesicherte eiserne Tür ist vorerst Endstation. Aber ich darf auch einen Blick in die beiden oberen Etagen werfen. Hier sucht man noch Mieter, die zum Haus der Demokratie passen. Einiges muss bei der Gestaltung der Räume noch getan werden, aber vor allem die Erkerzimmer lassen den einstigen Glanz eines etablierten Hotels ahnen.

Wir kehren ins Café Courage im Erdgeschoss zurück. Ich verabschiede mich von Erik Oßwald und wünsche ihm alles Gute für seine ungemein anspruchsvollen Ziele – immerhin will er gemeinsam mit seinen Mitstreitern die Bahnhofstraße 56 in Döbeln zu einem zentralen Ort für die Vereins-, Kultur- und Jugendarbeit machen. So etwas sucht im neuen Kreis Mittelsachsen seinesgleichen! (hw)



Erik Oßwald verweist auf die Aktion des Treibhaus e.V.: „Courage! Muss sein“

kratie führte mich Erik Oßwald abschließend durch „sein Reich“. Das Erdgeschoss wird – wie gesagt – vom Café Courage geprägt. Vieles ist von den Jugendlichen hier bereits in Eigenleistungen gestaltet wor-

„Haus der Demokratie e.V.“

Kreissparkasse Döbeln
Kto-Nr.: 300 099 90
BLZ: 860 554 62
Kennwort: „Spende“

Fortsetzung von Seite - 5 -

Mit LOS geht 's los!

Mit dem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) des Bundesfamilienministeriums werden seit 2003 lokale Kleinstvorhaben in den Kommunen



Der Stadtteil-Treff an der Freiburger Schillerstraße platzt aus allen Nähten



Das Zentrum der Freiburger Bahnhofsvorstadt: die Bahnhofstraße

und Landkreisen unterstützt, die sich aus der Bund-Länder-Vereinbarung „Die soziale Stadt“ ergeben. Die Förderung erfolgt aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Das Programm läuft Ende dieses Jahres aus. Die Weiterführung ab dem kommenden Jahr ist bisher noch ungeklärt.

Besonders engagiert sich in Freiberg der **Verein Lichtpunkt e.V.** für die Förderung und Vernetzung sozialer und kultureller Strukturen. Er wird entscheidend geprägt von Kirsten Hutte. Sie engagiert sich neben einer Freiwilligenbörse und dem Freiburger Tauschring vor allem im Stadtteil-Treff in der Freiburger Schillerstraße.

Seit November 2007 wird durch Kirsten Hutte, von Mitarbeiterinnen des LOS-Mikroprojektes „Stärkung der Freiwilligenarbeit“ im Lichtpunkt e.V. gemeinsam mit den Mitarbeitern des Stadtteilbüros der Quantum GbR ein Magazin für die Bahnhofsvorstadt herausgegeben. Es berichtet unter dem Titel „Der Vorstädter“ über Wissenswertes und

Neues aus dem Freiburger Stadtteil und beinhaltet die Veranstaltungstipps aus dem LOS-Programm und weitere Termine des jeweiligen Monats. Damit wurde gleichzeitig die Herausgabe des monatlichen Veranstaltungsplans „Was ist los in der Erweiterten Bahnhofsvorstadt?“ eingestellt. Unter der Internet-Adresse www.der-vorstaedter.de kann der monatliche Veranstaltungsplan herunter geladen und eingesehen werden. Als Perspektive hat der LOS-Begleitausschuss folgende Entwicklungsziele festgelegt:

- Abbau von Fremdenfeindlichkeit
- Integration Langzeitarbeitsloser, insbesondere von Männern in längerfristige Projekte
- Ausbau der Ehrenamtsarbeit

aufgeschrieben von Hans Weiske

5 Personen	2.258 Euro
6 Personen	2.572 Euro
7 Personen	2.887 Euro
8 Personen	3.201 Euro

2. Durch die Gewährung von ermäßigten Eintrittten und Gebühren für kommunale Einrichtungen und Veranstaltungen bei Vorlage des Sozialpasses entstehen den Städten und Kommunen im Grunde genommen keine zusätzlichen Kosten, sondern eher mehr Einnahmen. Dazu seien folgende Beispiele aufgeführt.
Die Stadt veranstaltet ein Konzert, es bleiben sicher Stühle leer, weil sich nicht alle die Eintrittskarte leisten können. Wenn bei ermäßigten Preisen zusätzlich Karten an Sozialpassinhaber verkauft werden, bleiben weniger Stühle leer und die Einnahmen sind etwas höher.

Gewährt die Kommune, die ein Freibad oder ein Hallenbad besitzt, ermäßigten Eintritt, können sich auch Personen mit geringerem Einkommen den Besuch dieser Einrichtung leisten und Kinder weichen im Sommer aus finanziellen Gründen weniger auf Teiche, Steinbruchseen und andere unbewachte Bademöglichkeiten aus. Auch hier gibt es eher höhere Einnahmen.

Lehrgänge und Kurse an der Volkshochschule Oederan sind für Sozialpassempfänger ermäßigt nutzbar, denn sie verfügen zwar über ausreichend Zeit, aber nicht über die erforderlichen finanziellen Mittel. Lehrgänge und Kurse werden so besser ausgelastet. Das gleiche gilt für die Benutzung von Bibliotheken und ähnliche Einrichtungen.

Unsere Fraktionen in Städten und Gemeinden sollten deshalb Vorschläge unterbreiten, welche Angebote für Sozialpassinhaber möglich sind und einen entsprechenden Beschluss anregen. Auch Vereine können einen Beitrag leisten.

So gewährt zum Beispiel das „Klein-Erzgebirge“ bisher den Besuchern mit einem Sozialpass einen um 1 Euro ermäßigten Eintritt und wird ihn ab 2009 sogar auf 50% senken. Angemerkt sei hier nochmals, dass der Sozialpass zukünftig vom Altkreis Freiberg auf den neuen Landkreis Mittelsachsen ausgedehnt werden soll.

Einen entsprechenden Antrag hat die Kreistagsfraktion der LINKEN bereits eingebracht.

Noch einmal zum Sozialpass

von Rita Hillmann, Oederan

In Ergänzung meines offenen Briefes an Jens Stahlmann, veröffentlicht in den „Mittelsächsischen LinksWorten“ Nr. 12 vom 21. August möchte ich noch einige aufgetretene Fragen beantworten:

1. Der Sozialpass wird bei der zuständigen Gemeinde/Stadt im Sozialamt beantragt.
Dazu berechtigt sind Hartz IV-Empfänger und Haushalte mit folgenden Netto-Einkommensgrenzen:

1 Person	975 Euro
2 Personen	1.315 Euro
3 Personen	1.630 Euro
4 Personen	1.944 Euro

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand beriet am Montag, dem 6. Oktober, im „Haus der Demokratie“ in Döbeln. Im folgenden dokumentieren wir die Schwerpunkte (hw)

- In Vorbereitung auf die Bundestags- und Landtagswahlen im kommenden Jahr erfolgte eine erste Verständigung zu möglichen Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 162 „Mittelsachsen“ und die fünf Wahlkreise zu den Landtagswahlen (ein Wahlkreis Döbeln, je zwei Wahlkreise Freiberg und Mittweida)
- Durch ein durch die Genossen Fischer, Matthes und Zelsmann geleitetes Aktiv, dem Vertreter aller 14 Kreistagswahlkreise angehören, ist bis Ende November ein Konzept für die Vorbereitung der Wahlen im Jahre 2009 vorzulegen. Auf der Grundlage dieses Konzepts - einschließlich der Wahlkampffinanzierung - wird ein Aktionsplan erarbeitet.
- Der Kreisvorstand verständigte sich über die bessere Koordinierung der politischen Arbeit mit den Ortsverbänden. In Vorbereitung der Stadtrats- und Gemeinderatswahlen im Juni des kommenden Jahres ist eine Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände durchzuführen. Ansonsten erfolgt die Koordinierung dezentral durch die Mitglieder des Kreisvorstandes.
- Der Kreisvorstand beschloss, sich für Mittelsachsen aktiv in den Schulwettbewerb der Fraktion der LINKEN im Landtag einzubringen. Gesucht werden die Schülerin oder der Schüler mit dem längsten Schulweg. Der Wettbewerb wird am 4. November gestartet und endet mit der Bekanntgabe der Preisträger am 26. November.
- Der Kreisvorstand bestätigte die Geschäftsstellen-Struktur. Geschäftsstellen unterhält der Kreisverband in Döbeln, Freiberg und Mittweida. Einheitliche Postanschrift: Freiberg, Roter Weg 41. Weiterhin gibt es bei Bedarf örtliche Büros bei den Ortsverbänden.
- Der Kreisvorstand beschäftigte sich mit den Vorgängen im Dresdener Stadtverband (siehe dazu Standpunkte auf den Seiten 2 und 3)

zitat des monats

„Ein maßloser Kapitalismus frißt sich selbst auf.“
Bundesfinanzminister Peer Steinbrück

unsere jubilare

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!



In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

Gerhard Boden	geb. am 02.11. 1920	in	Mittweida
Gertrud Imhof	geb. am 02.11. 1928	in	Mittweida
Elsbeth Schubert	geb. am 03.11. 1920	in	Freiberg
Karin Neumann	geb. am 03.11. 1943	in	Hartmannsdorf
Ingeburg Großer	geb. am 05.11. 1924	in	Frankenberg
Heinz Mehr	geb. am 05.11. 1920	in	Burgstädt
Anfried Püschel	geb. am 06.11. 1929	in	Brand-Erbisdorf
Maria Reißig	geb. am 06.11. 1943	in	Striegistal/Goldberg
Jutta Teichmann	geb. am 06.11. 1931	in	Burgstädt
Eberhard Klapper	geb. am 07.11. 1931	in	Rechenberg-B.
Rudolf Richter	geb. am 08.11. 1925	in	Döbeln
Lydia Rapprich	geb. am 09.11. 1924	in	Brand-Erbisdorf
Rudi Hocker	geb. am 11.11. 1925	in	Freiberg
Kurt Kaden	geb. am 12.11. 1922	in	Weißborn
Herbert Erler	geb. am 12.11. 1924	in	Mulda
Hans-Bernhard Arnold	geb. am 13.11. 1930	in	Oederan
Maria Kunze	geb. am 15.11. 1919	in	Flöha
Marga Franke	geb. am 17.11. 1925	in	Flöha
Sonja Kluska	geb. am 18.11. 1928	in	Waldheim
Manfred Endmann	geb. am 19.11. 1928	in	Lunzenau
Harald Wiedemann	geb. am 20.11. 1931	in	Augustusburg
Hildegard Hallfarth	geb. am 22.11. 1908	in	Flöha
Gerhart Matuschka	geb. am 23.11. 1922	in	Leisnig
Angelika Schubert	geb. am 24.11. 1948	in	Großhartmannsdorf
Johannes Wangemann	geb. am 25.11. 1928	in	Niederwiesa
Werner Teichmann	geb. am 25.11. 1926	in	Burgstädt
Anneliese Ludwig	geb. am 26.11. 1925	in	Freiberg
Wolfgang Müller	geb. am 26.11. 1922	in	Burgstädt
Anny Liebschner	geb. am 27.11. 1922	in	Penig
Liesbeth Kunesch	geb. am 29.11. 1919	in	Frankenberg
Heinz Haucke	geb. am 29.11. 1923	in	Großhartmannsdorf
Ella Eulitz	geb. am 29.11. 1913	in	Döbeln
Ursula Vendt	geb. am 29.11. 1927	in	Penig

kalenderblatt: 07.10.1944

Vor 64 Jahren, am 7. Oktober 1944 wurde die Stadt Freiberg zum Ziel angloamerikanischer Terrorbomber. Eine Schlechtwetterfront über der heute in der tschechischen Republik liegenden Stadt Brüx (Most) wurde der Bergstadt und ihren Menschen zum tragischen Schicksal. Nach den Anweisungen ihrer Befehlshaber suchten die feindlichen Bomberverbände nach Ausweichzielen. Eine Bombergruppe aus drei Staffeln mit 24 viermotorigen B17-Flugzeugen wählte Freiberg als Ziel. 60 Tonnen Bomben fielen auf die Stadt

und der Tod hielt grausame Ernte. Neben 153 total, 270 schwer, 313 schwer bis mittel und 697 leicht beschädigten Haushalten bezahlten auch 172 Freiburger den barbarischen Angriff mit ihrem Leben. Eine Gedenktafel am Gebäude des Freiberg-Kolleg an der Freiburger Bergstiftsgasse erinnert an dieses tragische Ereignis.

kalenderblatt: 27.10.1923

In den Jahren der dramatischen Arbeitslosigkeit und Inflation kam es am 27. Oktober 1923 auf dem Freiburger Postplatz zu einer Demonstration aus Anlass

Ausgewählte Termine

November 2008

03. November 19:00 Uhr *Beratung des Kreisvorstandes (öffentlich)
Frauenbegegnungsstätte „Eva Becker“ des DFD
Frankenberg, Parkstraße 1*
07. November 18:00 Uhr *Rentenforum mit MdB Ilja Seifert
Freiberg, Regenbogenhaus, Brückenstraße*
14. November 17:00 Uhr *Mitgliederversammlung des Ortsverbandes
Burgstädt zum Thema: „Karl Marx und seine
Kritik am Gothaer Programm“.
Begegnungsstätte der Volkssolidarität
Köbkestraße 14*
20. November 18:00 Uhr *Bürgerforum des „Runden Tisches für soziale
Gerechtigkeit“ Freiberg
mit MdL Kerstin Lauterbach
Thema: „Der Gesundheitsfonds“
BrauhoF Freiberg*

Dezember 2008

01. Dezember 19:00 Uhr *Beratung des Kreisvorstandes (öffentlich)
Geschäftsstelle Freiberg der LINKEN
Freiberg, Roter Weg 41/43*

des über das Land verhängten Ausnahmezustandes. Dagegen lehnte sich die sächsische SPD/KPD-Regierung offen auf, was sachsenweit den Einsatz von 60.000 Soldaten der Reichswehr zur Folge hatte. Am 29. Oktober wurde die sächsische Regierung durch Einsatz eines Reichskommissars zum Rücktritt gezwungen.

Auf dem Freiburger Postplatz (heute „Platz der Oktoberopfer“) schossen die Soldaten der Reichswehr blindwütig in die Menschenmenge und töteten 29 Menschen, der jüngste unter ihnen 13 Jahre alt. Mehr als 80 der Demonstranten wurden teilweise schwer verletzt. Unter den Mördern in der Uniform der Reichswehr befanden sich auch Vertreter der rechtsextremen und antidemokratischen Burschenschaft „Glück auf“, die sich nach 1990 in Freiberg wieder organisieren durfte.

Anlässlich des 80. Jahrestages des Massakers im Jahre 2003 wurde das den blutigen Oktober-Ereignissen gewidmete Ehrenmal auf Initiative der KPD, des Rot-Fuchs e.V. und der PDS durch die Stadt Freiberg rekonstruiert.

Am 27. Oktober, 16:00 Uhr, wird am Ehrenmal der blindwütig Ermordeten gedacht. Der Freiburger Bürgermeister Bernd-Erwin Schramm hat sein Kommen zugesagt.

„Die Rente geht uns alle an!“

von Ruth Fritzsche, Freiberg

Unter dieser Überschrift liegt dem Landesparteitag vom 11. Oktober 2008 ein Antrag der Genossen Hans-Jürgen Muskulus und Dr. Dieter Pellmann vor, der ganz wichtige



Das Ehrenmal am Freiburger Platz der Oktoberopfer

Aspekte der Rentenkampagne der Partei enthält und der meiner Meinung nach die Zustimmung der Delegierten finden wird. Ich werde ihm als Delegierte selbstverständlich zustimmen, weil diese Rentenkampagne unserer Partei eine wichtige politische Zielstellung auch im Rahmen der kommenden Wahlkämpfe sein wird. In ihm wird u.a. gefordert, dass

- sich die Mitglieder und Sympathisanten aktiv an der Sammlung von Unterschriften für die Massenpetition an den Deutschen Bundestag „Nein zur Rente ab 67“ beteiligen
- Mitglieder der Landtagsfraktion und des Deutschen Bundestages als Referenten zur rentenpolitischen Kampagne auftreten
- am 13. Dezember eine zweite Aktionskonferenz gemeinsam mit dem Parteivorstand in Sachsen durchgeführt wird

Für mich ist dies für meinen heutigen Beitrag ein guter Einstieg. Ich bin Mitglied des Senioren-Sprecherrates beim LV Sachsen. In dieser Eigenschaft wurden wir alle aufgefordert, uns konkret um die Durchführung der Rentenkampagne im Kreis bzw. im Ortsverband zu bemühen, also dies als eine vordringliche Aufgabe in unserer politischen Arbeit anzusehen.

Für den Ortsverband Freiberg kann ich dazu berichten, dass wir seit dem „Tag der Sachsen“ am 06. September 2008, zu dem der Landesvorstand mit der Massenpetition „Nein zur Rente ab 67“ begann bisher 96 Unterschriften gesammelt haben. Wir nutzen dazu u.a. Infostände, die, wenn es noch einen schönen Herbst gibt, natürlich im Freien fortgesetzt werden. Soweit mir bekannt ist, werden auch Unterschriften in den OV Brand-Erbisdorf und Flöha gesammelt.

Durch Vermittlung vom Ortsvorsitzenden, Genossen Johannes Gyarmati führen wir am Mittwoch, dem 15.10.2008 ein Bürgerforum mit dem Rentenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Genossen Volker Schneider, durch. Dazu haben wir durch die Unterstützung einer Reihe Genossinnen und Genossen über 1000 Einladungen in die Haushalte verteilt.

Die Basisorganisationen des Wasserberges haben am 20.10.2008 Genossin Kerstin Lauterbach, Mitglied des Sächsischen Landtages, zu Gast, die ausführlich zu den rentenpolitischen Fragen sprechen wird.

Wir trauern um unsere verstorbenen Genossen

Gerhard Boehnke aus Freiberg
Klaus Emmerlich aus Freiberg

Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.